



Stellungnahme zum Haushalt 2010 zur STAVO am  
05.02.2010

Die öffentlichen Kassen sind leer, die Koalitionäre zanken sich, bei den Bürgern wächst das Unbehagen. Bund, Länder und Kommunen stecken in einer Schuldenfalle wie noch nie, die Schuldenberge steigen stetig an, so dass die Kommunen finanziell stranguliert werden.

Durch die Wirtschaftskrise spitzt sich die Lage dramatisch zu. Nur bei einer Erholung der Wirtschaft und der damit verbundenen höheren Steuereinnahmen können die öffentlichen Haushalte wieder auf die Beine kommen, ansonsten droht eine Katastrophe.

Von Tag zu Tag wird es schlechter und wir wissen heute noch nicht, wann die Talsohle endlich erreicht sein wird. Viele Wirtschaftsinstitute sprechen in diesem Jahr von einer Erholung, gar von einem Aufschwung, ich jedoch frage mich, woher dieser denn kommen soll. Momentan sorgen noch die zahlreichen internationalen Konjunkturpakete für Schwung. Es ist zu befürchten, dass sich die Finanzkrise der kommunalen Haushalte durch die Folgen der Wirtschaftskrise mittelfristig sogar noch deutlich verschärfen wird.

Der Industrieverband BDI hat zum Jahreswechsel davor gewarnt, mit den ersten positiven Konjunkturzeichen schon das Ende der Krise einzuläuten. 2010 werde kaum weniger schwierig als das Krisenjahr 2009. „Es geht nicht weiter bergab, aber es wird auch nicht viel besser“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Es werde voraussichtlich noch bis 2014 oder 2015 dauern, bis das wirtschaftliche Niveau von 2007 wieder erreicht sei.

Die Neuverschuldung der öffentlichen Kassen wird 2010 noch einmal um die Hälfte anwachsen. Allein der Bund will rund hundert Milliarden Euro neue Kredite aufnehmen. Die Kommunen haben alleine in diesem Jahr mit einem Defizit von mehr als 10 Mrd. EUR zu rechnen. Die Kassenkredite der Gemeinden liegen schon jetzt bei 31,6 Mrd. EUR, mehr als fünfmal so hoch wie noch vor zehn Jahren.

**Die Bürger und Steuerzahler haben längst begriffen, dass die Last der einfalllosen Krisenbekämpfung mit der Schuldenpumpe einmal an ihnen und ihren Nachkommen hängenbleiben wird. Einer der heute lebenden Generationen wird es nicht erspart bleiben, den Scherbenhaufen aufzuräumen - d.h. doppelt zu bezahlen. Zum einen für die angehäuften Schulden und zum anderen für ihr eigenes Fortkommen. Hier sehe ich die Gültigkeit des Spruchs „Wer schweigt, stimmt zu“.**

**Die Tugend des Sparens, um angestrebte Ziele verwirklichen zu können, ist heute so gut wie ausgerottet worden. „Kredit“ ist das Wundermittel unserer Tage - und jedermann besitzt ein vermeintlich selbstverständliches Anrecht darauf.**

**Unsere Bevölkerung weiß nur zu gut, dass die Steuersenkungsversprechen der schwarz-gelben Koalition jetzt schon Makulatur sind - auch wenn Union und FDP sich vor der NRW-Wahl noch zieren, das offen zuzugeben. Selbst die Einhaltung der „Schuldenbremse“, die von 2011 an zu weiteren harten Einschnitten zwingt, steht völlig in den Sternen.**

**Zur Krise der Staatsfinanzen kommt die Staatskrise. Regierung und Bundestag spielen mit dem Volk Verstecken. Jeder weiß im Grunde, dass die exorbitante Schuldenmacherei ein Irrweg ist, der noch tiefer in die nächste Krise führt. Jedem muss bewusst sein, dass die Mittelschicht der Steuer- und Beitragszahler, die unser Gemeinwesen tragen, mit diesem ausgeplündert zusammenbricht, wenn der Gouvernanten-Sozialstaat der Betreuer und Sozialpädagogen für alles und jeden in diesem Tempo weiter aufgebläht wird.**

**Die kommunale Ebene leidet besonders, da ihr Anteil an Aufgaben, welche durch Entscheidungen in Bund und Ländern, beispielsweise bei Kinderbetreuung, Grundsicherung im Alter und Jugendhilfe, zugenommen haben. Aber auch aufgrund der ständig steigenden Kosten im Sozialbereich klagt die gesamte staatliche Ebene. Eine Hauptursache dafür sind vom Bund beschlossene Sozialleistungen, die ebenfalls die Kommunen zu tragen haben, beispielsweise Unterkunfts- und Heizungskosten für Hartz-IV-Empfänger.**

**Dazu kommen noch die Auswirkungen der schwarz-gelben Pseudo-Entlastungen, die vor allem von den Kommunen und ihren Bürgern getragen werden müssen.**

**Was an Tafelsilber zu verkaufen ist, haben die meisten Städte und Gemeinden schon zu Geld gemacht. Substanzverzehr ist auch keine Lösung, um strukturelle Defizite zu decken. Gleichzeitig brechen infolge der längst nicht überwundenen Wirtschaftskrise die Gewerbesteuererinnahmen massiv weg, wovon ja unsere Landkreise -wie auch der unsere- mit ihren Kreisumlagen erst am Leben erhalten werden.**

**Städte u. Gemeinden bluten immer mehr aus, haben zunehmend immer mehr mit defizitären Haushalten zu kämpfen und stehen vor dem finanziellen Untergang. Vorerst befinden wir uns noch auf einer Talfahrt und müssen dringend versuchen, gegenzusteuern. Aber bei all den Aufgabenlasten die uns Kommunen von oben herab aufgebürdet werden, wird es uns nicht möglich sein.**

**Die Zukunft der kommunalen Finanzen sieht nicht rosig aus: Die Kommunen werden mit den ständig steigenden Lasten im Stich gelassen, die Bürger werden auf die dringend benötigte Infrastruktur verzichten müssen und für die verbleibenden kommunalen Leistungen gnadenlos zur Kasse gebeten werden. Tiefe Einschnitte stehen den Menschen bevor.**

**Das Anspruchsdenken der Menschen jedoch wächst stetig, obwohl die kommunalen Haushalte über keine Rücklagen mehr verfügen. Demzufolge sind weitere Reformen von Nöten, gravierende Einschnitte in Standards stehen bevor, um die kommunale Ebene zu stärken. Wir als Kommune werden gezwungen sein, zukünftig noch mehr unsere Ausgaben neu zu hinterfragen. Wir kommen sicherlich nicht herum, freiwillige Leistungen die als selbstverständlich empfunden werden, einer rigorosen Prüfung zu unterziehen und werden auch gezwungen sein, an unsere Standards zu gehen. Wir können Standards nicht ständig ausbauen, da wir nach oben keinen großen Spielraum mehr haben, demzufolge sind wir gezwungen, Standards zwangsläufig herabzusetzen, was aber niemand will, denn keiner ist bereit, etwas herzugeben. Dies ist zwar nur allzu menschlich, aber Selbstverständlichkeiten müssen zukünftig in Frage gestellt werden. Einen anderen Ausweg wird es sicherlich nicht geben.**

Laut dem Städte- und Gemeindebund drohen in diesem Jahr flächendeckende Gebührenerhöhungen. Wegen der Wirtschaftskrise brechen den Kommunen die Einnahmen massiv weg, gleichzeitig steigen die Sozialausgaben immer stärker. Die finanzielle Situation der meisten Kommunen ist katastrophal. Allein in diesem Jahr wird ein Defizit von 12,5 Mrd. EUR erwartet, bis 2013 werde das Haushaltsloch fast 50 Mrd. EUR betragen.

Dies wird gravierende Negativeffekte für öffentliche Aufgaben wie Bildung, Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sowie für die soziale Daseinsvorsorge haben. Um die finanzielle Schieflage abzumildern, sind die Kommunen gezwungen, Gebühren und Beiträge zu erhöhen oder Leistungen zu reduzieren. Ob Kindergartenbeiträge, Schwimmbäder oder Ausleihgebühr in den Bibliotheken - alles steht auf dem Prüfstand.

In Europas Kulturhauptstadt Essen sind bereits Grundschulen geschlossen worden. Andere Städte schalteten die Straßenbeleuchtung ab und senkten die Wassertemperatur ihrer Hallenbäder. Löhne und Gehälter für öffentliche Bedienstete wurden verspätet ausgezahlt.

Die von der Landesregierung angekündigte Schlechterstellung der Kommunen zu Gunsten des Landes beim Finanzausgleich ist eine reine Farce. Ab 2011 sollen den Kommunen 400 Millionen EUR, das sind zwölf Prozent ihrer Einnahmen, so einfach weggenommen werden.

Der Großteil der kommunalen Ausgaben ist gesetzlich vorgeschrieben. Wir brauchen eine echte Reform der Sozialsysteme. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“, muss eingehalten werden. Wenn der Bund den kostenlosen Kindergarten fordert, muss er auch einen Teil der Kosten tragen. Für weitere Steuererhöhungen auf Pump ist kein Spielraum vorhanden.

Städte u. Gemeinden bluten immer mehr aus, haben zunehmend immer mehr mit defizitären Haushalten zu kämpfen und stehen vor dem finanziellen Untergang.

Wir Republikaner fordern deshalb einen „Solidarpakt III“, mit dem der Bund diejenigen kommunalen Schulden übernimmt, die ursächlich mit seinen eigenen Leistungsgesetzen zusammenhängen.

**Außerdem ist eine bessere Finanzausstattung aller Ebenen notwendig. Die Kommunen müssen über einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer eine konjunkturunabhängigere Einnahmequelle als die krisenanfällige Gewerbesteuer bekommen. Eine gerechtere Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs ist daher dringend erforderlich.**

**Von der kommunalen Seite her betrachtet, stellt sich das finanzielle Dilemma jedoch in einer Dramatik dar, die wir uns bis dato überhaupt nicht vorzustellen wagten.**

**Wie auch die meisten Hessischen Kommunen, bekommt unsere Stadt nun die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgrund massiver Einnahmeprobleme besonders hart zu spüren. Diese Einnahmeverluste sind nicht beeinflussbar und aufgrund von Pflichtaufgaben und finanzieller Abhängigkeit auch nicht zu kompensieren.**

**Erstmalig können wir unseren Haushalt nicht ausgleichen, was bislang eher eine Seltenheit war.**

**Einen Haushaltsausgleich, den andere Städte u. Gemeinden schon seit geraumer Zeit nicht schafften, ist nun auch in unserer Stadt Realität geworden. In 2010 werden fast alle Kommunen unausgeglichene Haushalte vorweisen. Aus diesem Grunde haben viele Städte und Gemeinden bereits Gebührenerhöhungen beschlossen.**

**Seit 2007 sind die Einnahmen bei der Gewerbesteuer dramatisch gesunken und auch für dieses Jahr erwartet die Verwaltung trotz Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes keine Einnahmeverbesserungen.**

**Auch ist ein Rückgang bei den Einkommensteuer-Einnahmen zu verzeichnen, eine direkte Folge der Wirtschaftskrise, verursacht durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.**

- **Unser Gesamtdefizit liegt in diesem Jahr bei rd. 9,95 Mio. EUR. Der voraussichtliche Schuldenstand zum Jahresende wird sich bei rd. 12,9 Mio. EUR bewegen.**
- **Der Finanzplan 2010 schließt mit einem jahresbezogenen Finanzmittelfehlbedarf von rd. 9,1 Mio. EUR ab.**

- Im Finanzhaushalt sind Investitionen von rund 16,8 Mio. EUR veranschlagt, die eine Kreditaufnahme von rd. 1,05 Mio. EUR erfordern.
- Die Verschuldung unserer Stadt beträgt bei planmäßigem Verlauf bis zum Ende 2010 rd. 12,99 Mio. EUR. Der Höchstbetrag der Kassenkredite im Haushaltsjahr 2010 wird auf 15 Mio. EUR festgesetzt.
- Die veranschlagten Einnahmen aus der Gewerbesteuer belaufen sich auf insgesamt 21,29 Mio. EUR. Ohne eine Erhöhung des Hebesatzes um 20 Prozentpunkte von bisher 310% auf nunmehr 330% würden sich die Mindereinnahmen an Steuererträge anstatt der in diesem Haushalt veranschlagten 0,48 Mio. EUR auf rd. 1,9 Mio. EUR belaufen.
- An Gewerbesteuerumlage sind rd. 4,5 Mio. EUR veranschlagt, welche an den Landkreis abzuführen sind.
- An Kreis- und Schulumlage haben wir rd. 17,0 Mio. EUR an unseren Landkreis zu zahlen.
- Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als zweitgrößte Einnahmequelle unseres städtischen Haushalts verringert sich um 370.000 EUR und beläuft sich auf nunmehr 5,78 Mio. EUR.
- Die Personal- u. Versorgungsaufwendungen werden mit insgesamt rd. 5,25 Mio. veranschlagt.
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen belasten unseren städtischen Haushalt mit rd. 0,67 Mio. EUR.

*meine Damen u. Herren*  
Dies sind die wesentlichen Eckdaten, welche unseren Haushalt maßgeblich prägen. Auf das weitere Zahlenwerk möchte ich aus Zeitgründen nicht eingehen.

Meine Damen u. Herren, wenn ein Haushaltsausgleich für eine Kommune nicht möglich ist, so ist diese laut dem Gesetz her gezwungen, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Damit soll sichergestellt werden, dass der zu genehmigende Haushalt durch die Finanzaufsicht, auch nach den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft geführt wird.

Aufgrund des zu erwartenden Haushaltsdefizits waren die städtischen Gremien gezwungen, ihren Part zu einer Haushaltskonsolidierung beizutragen. Hierzu wurde abermals ein Arbeitskreis Haushaltssicherung gebildet, der sich in insgesamt 5 Sitzungen mit einem von der Verwaltung erarbeiteten Entwurf befasste.

Neben der Erhöhung der Realsteuerhebesätze haben sich Einsparvorschläge bei fast jeder Position im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ergeben. Diese Einsparungsvorschläge - die als Ergebnis der Sitzungen des Arbeitskreises Haushaltssicherung im Entwurf des Produkthaushaltes 2010 eingearbeitet wurden - lassen jedoch die Aufwendungen nicht auf das Ausmaß senken, welches für einen ausgeglichenen Haushalt erforderlich wäre. Die vom Arbeitskreis Haushaltssicherung überwiegend empfohlenen Einsparungen betragen rd. 1,7 Mio. EUR. Dass Gremium Haushaltssicherung hat es sich nicht leicht gemacht, den Rotstift auch bei Haushaltspositionen anzusetzen, die unmittelbare Auswirkungen im Bereich der freiwilligen Leistungen zur Folge haben. Einschnitte in diesem Bereich kommen bei der Bevölkerung immer sehr negativ an, sind aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen leider unumgänglich. Anfangs habe ich bereits auf diese Umstände hingewiesen.

Meiner Fraktion jedoch verursachen diese Einschnitte wie auch bei unseren Bürgerinnen und Bürgern erhebliche Bauchschmerzen. Alleine die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B um 20 Prozentpunkte von 250% auf nunmehr 270% kommen aus Sicht meiner Fraktion zu einem völlig falschen Zeitpunkt. Wir befinden uns in einer Rezessionsphase und es ist kontraproduktiv, in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit, Eigenheim- und Grundbesitzer mit weiteren Steuererhöhungen zu belasten. Dies gilt ebenso für die in dem Haushalt vorgesehenen Gebührenerhöhungen für z.B. unserer Friedhöfe, eine Erhöhung der Kindergartengebühren oder die Änderung der Gebührensatzung unserer Stadtbibliothek. Auf die Thematik der Kindergartengebühren komme ich noch später zu sprechen, wenn der Tagesordnungspunkt aufgerufen wird.

**Fakt ist, dass unsere Bürgerschaft über keinen finanziellen Spielraum mehr verfügt.**

**Immer wieder, von Jahr zu Jahr machte ich im Namen meiner Fraktion in meinen Haushaltsreden darauf aufmerksam, dass wir Republikaner zukünftig keine Steuer-, Abgaben- und Gebührenerhöhungen mehr zustimmen würden. In der Vergangenheit stimmten wir nur geringfügigen Erhöhungen zu. Wir können aber nicht von Jahr zu Jahr in Anbetracht des immer weiter steigenden städtischen Haushaltes unsere Steuern, Gebühren und Abgaben erhöhen. Und daran ändert auch nichts, dass wir hier in Stadtallendorf bislang zu den umliegenden Städten und Gemeinden noch in einem guten Durchschnitt liegen bzw. lagen. Unsere Stadt kann man nicht mit den anderen vergleichen, genauso wenig wie man Äpfel mit Birnen vergleichen kann. Dieser Vergleich hinkt und hängt von ganz anderen Faktoren ab.**

**Ich gestehe aber auch ein, dass ohne die Mitwirkung unserer Verwaltung - an deren Spitze unser Bürgermeister - der die Interessen unserer Einwohnerinnen und Einwohner in verschiedenen Verbandsgremien vertritt - ohne dessen hinzutun - hätten wir sicherlich im Bereich der klassischen Gebührenhaushalten wie z.B. der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft, bei der Straßenreinigung und des Bestattungswesens keine so günstigen Gebühren wie wir sie noch bis dato haben. Ehre dem Ehre gebührt, meine Damen u. Herren !**

**Aber das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Wir Republikaner würden uns gegenüber unserer Wählerschaft unglaubwürdig machen, würden wir den jetzigen Erhöhungen unsere Zustimmung erteilen. Wir können nicht vor Wahlen Versprechungen machen, die wir im Nachhinein nicht einhalten. Ich bzw. meine Fraktion möchte nicht mit Politikern verglichen werden, die wir in den übergeordneten Gremien wie Landtag und Bundestag schon zu Genüge haben. Ich erinnere nur nebenbei an die Versprechungen der Frau Andrea „Lügelanti“ von der SPD. Aber auch die anderen Parteien können sich an die eigene Nase fassen, die sind auch nicht besser. Wir Republikaner jedenfalls halten an unseren seinerzeit gemachten Aussagen ohne Wenn und Aber fest.**

**Ein weiterer Grund unserer ablehnenden Haltung ist derjenige, dass wir nicht einsehen, dass wir das auszubaden haben, was Ihre Parteimitglieder meine Damen u. Herren, ihre Abgeordnete in Bund und Land beschlossen haben.**

Wenn eine Aufgabenverteilung von oben nach unten erfolgt, dann hat bitte schön auch die Bezahlung von oben aus zu erfolgen. Die Kommunen können nicht immer mehr Aufgaben aufgebürdet bekommen, für die sie alleine aufzukommen haben. Anstatt unsere Steuergelder für unsinnige Projekte zum Fenster hinauszuerwerfen, anstatt durch Zweckentfremdung unserer Steuermittel, anstatt den Zahlmeister für sämtliche Nationen zu spielen, sollten der Bund und die Länder lieber einmal an die Finanznot unserer Kommunen denken. Anfangs meiner Stellungnahme habe ich ja bereits ausführlich auf diese Mißstände Bezug genommen.

Meine Damen u. Herren, treten Sie ihren Abgeordneten dort oben doch mal gewaltig vor das Schienbein. Sie hier unten in den untersten Gremien haben doch letztendlich deren versalzene Suppe auszulöffeln und zu verantworten. Ich lass mir auch nicht ihre Ausrede gefallen, dass sie ja als kleine Kommunalpolitiker keinen Einfluss auf ihre Entscheidungsträger ausüben könnten. Wer bildet denn die Basis, sie die Parteimitglieder, die in den untergeordneten Gremien und in den Parteien ihre Arbeit leisten oder ihre Herrschaften dort oben, die immer mehr an der Realität vorbei leben ?

Kurzum, ich will mich hier heute nicht weiter aufregen und möchte noch einwenig auf unseren Haushalt eingehen:

Wie immer haben wir einen Haushalt vorliegen, der sich im Gegensatz zu anderen Städten und Gemeinden noch sehen lassen kann. Größere Streichungen an freiwilligen Leistungen wurden nicht vorgenommen, die Investitionen laufen wie gewohnt - zwar im Gegensatz zu den Vorjahren - auf einem noch recht hohen Niveau, die Gebühren und Abgabenbelastungen sind noch erträglich.

Die Finanzbelastung und den gesondert ausgewiesenen Etat für die Abhaltung des 50. Hessentages können wir Republikaner mitverantworten, spielten wir <sup>doch</sup> hinsichtlich der Bewerbung für diesen vor einigen Jahren aufgrund einer Antragstellung hier im Parlament ja die federführende Rolle. Obwohl vielerorts durch die Bevölkerung das hieraus zu erwartende Defizit bemängelt wird, dürfen wir nicht vergessen, dass durch die Abhaltung des Hessentages -abgesehen von einem daraus resultierenden überörtlichen Imagegewinn- unsere städtische Infrastruktur auf ein solch hohes Niveau gebracht

wird, welches wir sicherlich in den nächsten zwei Jahrzehnten hätten nicht bewältigen können. Defizit hin, Defizit her, wenn wir ein Defizit in Höhe von beispielsweise angenommenen 4 Mio. EUR einfahren sollten, so muss man auch einmal sehen, welche Beträge wir an Bezuschussungen aus Bundes- und Landesmitteln zur Verbesserung unserer Infrastruktur erhalten. Teilweise liegt die Höhe der Bezuschussung einzelner Baumaßnahmen nach meiner Kenntnis bei bis zu 80% ! Jedenfalls stehen wir Republikaner zu unserem Hessestag !

Auch stehen wir Republikaner zu den beabsichtigten mittelfristigen investiven Maßnahmen gemäß dem Investitionsprogramm, für die rd. 16 Mio. EUR vorgesehen sind. Hervorzuhebende Maßnahmen sind z.B. Zuschüsse für die Eigenheimförderung, Wegebaumaßnahmen im Herrenwaldstadion, mehrere Maßnahmen für den Straßenbau (Ausbau der Stadtmitte, Anschluss des neuen Einkaufszentrums, Nebenanlagen für die Westumgehung Ferrero, Bau eines Kreisverkehrs in der Herrenwald-/ Wetzlarer Str./ Straße des 17. Juni, Bau einer Park&Ride-Anlage am Bahnhof, Ausbau der Gehwege der Niederkleiner Straße, um nur einige zu nennen) und Ausgaben für den Bau von Grün, Park- und Freizeitanlagen wie z.B. die Sanierung des Heinz-Lang-Parks, Spielplätze in der Kernstadt sowie für den Umbau des Bahnhofes.

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb „Stadtwerke“ schließt mit einem Verlust in Höhe von rd. 180.000 EUR ab, der sich im Wesentlichen durch den drastischen Rückgang der Umsatzerlöse aus den Wasser- und Abwassergebühren begründet, der auf die Minderabnahmen der Industrie-Sondervertragskunden zurück zu führen ist. Trotz des ausgewiesenen Verlustes im Schwerpunkt der Wasserversorgung, ist eine Erhöhung der Wassergebühren nicht vorgesehen. Zur Deckung des Fehlbedarfs stehen Gewinnvorträge aus den Vorjahren von rd. 450.000 EUR zur Verfügung. Auch diese Vorgehensweise begrüßen wir Republikaner, da wir die Meinung vertreten, dass angesparte Überschüsse vor allem auch für solche Zwecke eingesetzt werden sollten. Die Wasser- und Abwassergebühren unserer Stadt bleiben somit im Vergleich zu den anderen Städten und Gemeinden im Landkreis noch die günstigsten. Gemäß dem Vermögensplan der Stadtwerke werden in 2010 rd. 2,9 Mio.EUR investiert.

**In dem Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“ erhöhen sich die Erträge und Aufwendungen gegenüber dem Jahr 2009 um jeweils rd. 1,14 Mio. EUR. Ab dem 01.01.2010 übernimmt der Eigenbetrieb das Immobilienmanagement für die Stadthalle. Mit gleichem Datum geht das Anlagevermögen von der Stadt in den Eigenbetrieb über. Der Haushaltsplan des Eigenbetriebes sieht im investiven Bereich die Kosten für die 6-gruppige Kinderkrippe im Iglauer Weg, die Neuerrichtung der Rettungswache, den Bau von 3 LKW-Garagen für die Feuerwehr in der Kernstadt, den Neubau des Baubetriebshofes, die Errichtung von weiteren Museumsräumen im Aufbaugebäude, die Sanierung des Kindergartens in der Schillerstraße sowie die Kosten für den Neubau des Baubetriebshofes vor.**

**Der Gesamtbetrag der Erträge und Einnahmen, Aufwendungen und Ausgaben beziffern sich im Erfolgsplan auf rd. 7,67 Mio. EUR, im Vermögensplan auf rd. 22,35 Mio. EUR.**

**Zur Finanzierung von Maßnahmen wird der Gesamtbetrag der erforderlichen Kredite auf 6,88 Mio. EUR festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2,5 Mio. EUR festgesetzt, der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2,5 Mio. EUR festgesetzt.**

**Beiden Wirtschaftsplänen wird die Republikaner Fraktion ihre Zustimmung erteilen.**

**Meine Damen u. Herren, ganz anders sieht jedoch unser Abstimmungsverhalten gegenüber dem Haushaltsentwurf aus. Diesem wird meine Fraktion erstmals seit unserer 17-jährigen Parlamentszugehörigkeit unsere Zustimmung verweigern. Mit unserer ablehnenden Haltung, mit unserem heutigen Votum beabsichtigen wir ein Zeichen zu setzen. Wir sind nicht mehr dazu bereit, uns den bereits zu Anfang erwähnten Willkürmaßnahmen der Landes- u. Bundesregierung zu beugen, aber wollen auch ein Zeichen setzen, dass wir in der derzeitigen Wirtschafts- u. Finanzkrise unseren Mitbürgern keine finanziellen Mehraufwendung durch Steuer-, Gebühren u. Abgabenerhöhungen mehr zumuten können. Weiterhin hatte meine Fraktion bereits in der Dezember-Sitzung zusammen mit dem Bürgerblock/FDP gegen einen Beschlussvorschlag der Verwaltung gestimmt, der unter anderem die Erhöhung der Grundsteuer A und B vorsah. Nun können wir nicht hingehen und dem Haushalt zustimmen, der die Erhöhung der**

genannten Steuern enthält. Meine Fraktion ist zwar niemanden hier in diesem Hause eine Rechenschaft schuldig, ich darf aber dennoch bezüglich unserer heutigen Entscheidung um Verständnis bitten. Die Ablehnung unseres städtischen Haushalts richtet sich keineswegs - und dies möchte ich hier und heute nochmals ausdrücklich betonen - nicht gegen unsere Kämmerei, nicht gegen unsere Verwaltung und auch nicht gegen unseren Bürgermeister oder gar gegen die CDU-Fraktion.

Und glauben sie mir, unsere Entscheidung hatte mir im Vorfeld so einige schlaflose Nächte bereitet.

Wir haben -wie in der gestrigen Presse berichtet-, auch überhaupt keine Bedenken bezüglich eines angeblichen Imageschadens für unsere Hessentagsstadt. *Was soll dieser Blödsinn?* Ich glaube, dass es den Hessentagsbesuchern sehr wenig interessiert, ob wir den Haushalt zugestimmt oder abgelehnt haben. Auch können wir wie geplant, den Hessentag mit einem vorläufigen Haushalt abhalten. Das ändert nichts an der Sache. Es ist uns auch allen klar, dass dann alle in unserem Haushalt ausgewiesenen freiwilligen Leistungen stark eingeschränkt wären, wenn die Mehrheit in diesem Hause den Haushalt ablehnen sollte. Bis zur Inkraftsetzung eines neuen Etats können bestehende Verträge und Vereinbarungen weiterhin erfüllt werden, *Was erklären sie sich mit ihrer Unvernunft?* dies gilt auch für Projektumsetzungen, für die bereits Gelder in vorherigen Haushalten bereitgestanden haben. Neue Vorhaben müsste die Verwaltung dann aber einzeln beantragen und vom Parlament genehmigen lassen.

Auch könnte die Verwaltung, falls der vorliegende Haushalt heute abgelehnt werden sollte, so schnell wie möglich mit den gewünschten Änderungen neu aufgelegt und verabschiedet werden.

Meine Fraktion sieht hieraus resultierend jedenfalls keine großen Probleme.

Wir verstehen beim besten Willen nicht, warum nun auch die SPD-Fraktion gegen den Haushalt stimmt.

In allen Ausschüssen hatte sie sich ihrer Stimme enthalten, urplötzlich aber in der letzten Sitzung des Fachausschusses „Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen“ stimmte diese gegen den Haushalt.

Wir Republikaner hatten immer wieder erklärt, dass wir zukünftige Mehrbelastungen des Bürgers nicht mehr mittragen würden.

Demzufolge war für jedermann und lange genug klar erkennbar, dass wir auch den Haushalt ablehnen würden.

In allen Ausschüssen hatten wir unsere ablehnende Haltung bekundet. Und ich wiederhole hier nochmals: Unsere Haushaltsablehnung hat nichts damit zu tun, unseren Bürgermeister oder die CDU-Fraktion zu diskreditieren. Wir hatten unser Votum früh genug angekündigt. Anders sieht es jedoch hinsichtlich des plötzlichen Sinneswandels der SPD-Fraktion aus. Es ist stark anzunehmen, nachdem diese aufgrund unserer ablehnenden Haltung nun plötzlich Lunte gerochen hat, den Versuch zu unternehmen wagte, den Haushalt ggf. mehrheitlich abzulehnen. Wir jedenfalls sehen für die ablehnende Haltung der SPD keinen ersichtlichen Grund, hat diese doch bei den Einsparvorschlägen in den Sitzungen des Arbeitskreises „Haushaltssicherung“ zu keinem Zeitpunkt gegen irgendeine der vorgeschlagenen Sparmaßnahmen widersprochen. <sup>x 28.50</sup>  
Den plötzlichen Sinneswandel der SPD-Fraktion ggf. den Haushalt nun mehrheitlich ablehnen zu können, bewerten wir Republikaner als einen reinen Racheakt gegenüber unserem Stadtkämmerer und Bürgermeister einschließlich der CDU. <sup>29.10</sup> Wir jedenfalls hätten keinen Grund dazu, der CDU oder gar unserem Bürgermeister eins auszuwischen. Wir können auch nicht zurück, da wir - wie ich dies bereits erwähnt habe - gegenüber unserem Wähler zu unserem Wort stehen. <sup>29.30</sup>

Die Schuldenmacherei ist anscheinend zur Lebensgrundlage vieler Regierungen geworden. Unsere Schulden sind zwar nicht hausgemacht, aber wir alle haben diese letztendlich zu verantworten. Wir können nicht nur auf Pump leben. Irgendwann einmal muss die „Schulden-Titanik“ ja untergehen. Abgesehen davon können wir Republikaner nicht verantworten, dass noch unsere Kinder und Kindeskiner unsere Schulden abzuzahlen haben. Die Schere zwischen Arm und Reich geht seit Jahren in unserem Land immer weiter auseinander. ~~Unsere Bürgerinnen und Bürger, müssen entlastet und nicht belastet werden.~~ Die Entlastung darf nicht durch Almosen und Gnadengeschenke erfolgen, die sie selbst bezahlen müssen, sondern durch massive Steuersenkungen und harte Sparsamkeit bei allen Ausgaben. Grundsätzlich tut eine neue Politik Not !

Meine Damen u. Herren, jede Wahrheit braucht einen Mutigen, der sie ausspricht. Wir Republikaner tun dies hier heute !

**Aus diesem Grund lehnen wir die vorliegende Haushaltssatzung ab, dem Wirtschaftsplan „Stadtwerke“ sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Dienstleistungen und Immobilien“ werden wir unsere Zustimmung erteilen.**